

AUSSCHUSSBERICHT

2 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Jugendparlaments XXVII. GP

Bericht

des Ausschusses des Jugendparlaments

über die Gesetzesvorlage (1 der Beilagen): Bundesgesetz über die Einrichtung eines Rates für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung (Zukunftssicherungsgesetz)

Schon im Jahr 2013 hat sich Österreich im Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung zum Prinzip der Nachhaltigkeit bekannt. Der Bundesregierung ist jedoch bewusst, dass es mehr Anstrengungen braucht, damit dieses Prinzip überall Beachtung findet. Sie begrüßt in diesem Zusammenhang, dass sich immer mehr Kinder und Jugendliche in Österreich für den Klimaschutz engagieren und die Frage nach ihrer Zukunft stellen. Die Bundesregierung hält es daher für wichtig, diese engagierten Kinder und Jugendlichen in Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen. Daher soll ein Rat für Nachhaltigkeit und Zukunftssicherung eingerichtet werden, der sich intensiv mit diesen Anliegen befasst.

Der Ausschuss des Jugendparlaments hat diese Gesetzesvorlage in seiner Sitzung am 29. November 2019 in Verhandlung genommen. Im ersten Teil der Sitzung legten die Klubs ihre Standpunkte dar. Diskutiert wurde vor allem die Frage, wer überhaupt Mitglied im Rat sein soll. Klub Grau thematisierte, dass es mehr Jugendliche als WissenschaftlerInnen geben sollte und dass die WissenschaftlerInnen die Jugendlichen im Rat vor allem mit ihrem Fachwissen unterstützen sollen. Klub Orange wies darauf hin, dass die Auswahl per Zufallsprinzip bedenklich sei und, dass auf eine Ausgewogenheit der Geschlechter geachtet werden müsse. Klub Violett hielt eine Entsendung von zwei Jugendlichen pro Bundesland für sinnvoll. Klub Gelb brachte in die Diskussion ein, ob nicht noch weitere Mitglieder, etwa „normale“ BürgerInnen, in den Rat einbezogen werden sollen.

Im zweiten Teil der Sitzung haben die Abgeordneten Leonie **Langeder**, Matea **Bucar** und Laura **Manaj** einen Abänderungsantrag eingebracht.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Matea **Bucar**, Dominika **Gashi**, Laura **Manaj**, Omid **Ramazani**, Samuel **Eibl**, Leonie **Langeder**, Karim **Gaishofer**, Gia **Zeiss** und die Ausschussobfrau Dr.ⁱⁿ Heidrun **Neuhauser**.

Bei der Abstimmung wurde der in der Gesetzesvorlage enthaltene Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des oben erwähnten Abänderungsantrages mit Stimmenmehrheit (**dafür:** Grau, Gelb, Violett, **dagegen:** Orange) beschlossen.

Zur Berichterstatterin für den Nationalrat wurde Abgeordnete Matea Bucar gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss des Jugendparlaments somit den **Antrag**, das Jugendparlament wolle dem **angeschlossenen Gesetzentwurf** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2019 11 29

Matea Bucar
Berichterstatterin

Dr.ⁱⁿ Heidrun Neuhauser
Obfrau